
Henryk Skrzypczak

„Revolutionäre“ Gewerkschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932*

Dr. Henryk Skrzypczak, geb. 1926, ist Leiter der Sektion „Geschichte der Arbeiterbewegung“ in der Historischen Kommission zu Berlin und Herausgeber der „Internationalen Wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (IWK).

Die historische Streikforschung als Bestandteil sozialer Verhaltens- und speziell industrieller Konfliktforschung steckt - trotz mancher neueren Anläu-

* Vgl. die bislang beste, durch ihre leninistisch-apologetische Tendenz allerdings nur mit Vorbehalten zu empfehlende Einführung in die Problemlage: Joachim Oltmann, Das Paradepferd der Totalitarismus-theorie. Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter im November 1932, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 27, 1982, S. 1374-1390. - Stofflich weiterführend Heinrich Bennecke, Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus. Die Lehre von Weimar, München und Wien 1968, S. 125-140. - Soweit im folgenden Beitrag Zitate und Fakten aus Raumgründen nicht belegt werden, handelt es sich in der Regel um Äußerungen der zeitgenössischen Presse bzw. um Aussagen archivalischer Quellen.

fe¹ - noch immer in den Anfängen. Durch Überlieferungsmängel oft besonders stark in der Feinanalyse behindert und durch die in der Regel stark partiische Färbung des auszuwertenden Materials vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt, beantwortet sie mit der Rekonstruktion und Interpretation einzelner Streiks nur einen Bruchteil der sich in Ihrem Zusammenhang aufdrängenden Fragen. Sie ergeben sich ebenso aus der Typenvielfalt von Warnstreiks, Angriffs- und Abwehr-, punktuellen, „wilden“, Massen- und anderen Streiks wie aus dem unterschiedlichen Streikverhalten bestimmter Gruppen, Schichten, Wirtschaftsregionen und ganzer Länder. An der Rolle emotionaler und rationaler Einflußfaktoren nicht weniger interessiert als an den Instrumentarien zur Austragung und zur Verhinderung von Arbeitskonflikten, richtet Streikforschung unter den Aspekten des Praxisbezugs und der theoretischen Verallgemeinerung ihr weiteres Augenmerk auf die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel und der angewandten Methoden, überprüft sie alternative Konfliktstrategien in konjunkturell wechselnden Lagen. Der wissenschaftlich verlockenden Fragestellungen sind überaus viele. Will aber die Forschung nicht der Gefahr voreiliger Generalisierung erliegen, wird sie den methodisch gebotenen Weg vergleichender Untersuchung zunächst durch detaillierte Fallstudien ebnen müssen, die sich auf besonders relevante und problemträchtige Aktionen erstrecken.

Relevanz und Problemträchtigkeit - unter dem Gesichtspunkt beider Kriterien stellt sich neben anderen europäischen Arbeitskämpfen des weltwirtschaftlichen Krisenzeitraums der frühen dreißiger Jahre auch ein regional begrenzter Streik zur Debatte, an dem sich bis heute die heftigsten Kontroversen entzündeten.²

Auslösefaktoren des BVG-Streiks

Ausgelöst am 3. November 1932 bei der BVG, der Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft — mit über 23000 Beschäftigten damals drittgrößtes Wirt-

1 Vgl. etwa Klaus Tenfelde und Heinrich Volkmann (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981; Heinz-Gerhard Haupt u. a. (Hrsg.), Politischer Streik, Frankfurt/M. 1981; Heinrich Volkmann, Möglichkeiten und Aufgaben quantitativer Arbeitskampfforschung in Deutschland, in IWK, Jg. 17 (1981), H. 2, S. 141-154; Lothar Machtan, Streiks im frühen deutschen Kaiserreich, Frankfurt/M. 1983.

2 Siehe z. B. Dieter Schneider, Verkehrsarbeiterstreik vor fünfzig Jahren. Goebbels und Ulbricht zogen die Fäden, in: Das ÖTV-Magazin, Jg. 1982, H. 11, S. 30-34; Witich Roßmann, Kann man in der Krise kämpfen?, in: Druck + Papier, Jg. 1982, H. 23, S. 26-29.

schaftsunternehmen Deutschlands und größtes kommunales Unternehmen der Welt³ —, setzte der BVG-Streik das gesamte, in der Viermillionenstadt mehr als 1000 Streckenkilometer umfassende Verbundnetz von Autobuslinien, Straßenbahn, Untergrund- und Hochbahn schlagartig außer Betrieb. An seiner Spitze standen, und das verhalf diesem im unmittelbaren zeitlichen Vorfeld der Reichstagswahlen vom 6. November entfesselten Streik zu um so nachhaltigerer Publizität, die sonst tödlich verfeindeten Kommunisten und Nationalsozialisten in gemeinsamer Front. Als die von zahlreichen Sabotageakten, von Terror und Tumulten begleitete Aktion am fünften Streiktag zusammenbrach, hatte sie ein ebenso faszinierendes wie lehrreiches Beispiel „revolutionärer“ Gewerkschaftspolitik, ihrer Möglichkeiten und ihrer Grenzen in einer systemkritisch zugespitzten, aber nicht revolutionären Lage geliefert.

Welches waren die Gründe und die Hintergründe dieses Streiks, der „ganz Deutschland in Atem hielt, ja das ganze Europa aufhorchen ließ“; welche Intentionen verfolgten die extremen Flügelparteien, als sie ihr anstößiges Zweckbündnis schlossen; was bewog die Gewerkschaften zu ihrer strikt ablehnenden Haltung; welche Hauptfaktoren waren für die einzelnen Phasen des Streiks, welche für seinen Ausgang bestimmend? War er, wie die einen meinten, das Werk skrupelloser „Drahtzieher“, überdies ein totaler Mißerfolg, ja geradezu ein „Musterbeispiel dafür, wie Lohnkämpfe nicht geführt werden dürfen“, oder war er ganz im Gegenteil ein grandioser Erfolg, ein „Schulbeispiel für die Organisierung der Einheitsfront der Tat“, ein Wegweiser zur „Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die proletarische Revolution“?

Als erste Korrektur zeitgenössischer Polemik bleibt zu vermerken, daß der BVG-Streik für seine kommunistischen Initiatoren weit mehr als nur ein „Wahlschlager“ war. Ihr taktisches Kalkül sah sich an eine Generallinie⁴ gebunden, die der RGO, der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, im Zuge des 1928 angebahnten Übergangs der Komintern zur Offensivstrategie die Pflicht zur selbständigen Führung von Wirtschaftskämpfen auferlegt und sich mit der Perspektive des Umschlagens der ökonomischen in ausgedehnte politische Massenkämpfe verknüpft hatte. Seit Konzipierung der sogenannten neuen Taktik waren vier Jahre steigender Verelendung und unentwegter Mobilisierungskampagnen vergangen, doch noch immer zeigten sich nicht die erwar-

3 Otto Busch, Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche. Berlin 1960. S. 160 (die dort angegebene Zahl des Gesamtpersonals bezieht sich auf das Jahresende) und S. 95.

4 Vgl. Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933. Eingeleitet von Hermann Weber. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler. Düsseldorf 1981; die Einleitung liegt auch in einer Taschenbuchausgabe vor: Hermann Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982; sehr informativ auch Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932-1935. Frankfurt/M. und New York 1976.

teten Resultate.⁵ Das beträchtliche Anwachsen kommunistischer Wählerstimmen fand auf dem entscheidenden außerparlamentarischen Kampfboden kein auch nur annäherndes Gegenstück. Von der Kominternführung gedrängt, die notorische „Schere“ zwischen hochtönenden Resolutionen und ihrer Umsetzung zu schließen, war der KPD-Apparat durch die in Reaktion auf Papens Notverordnungen vom September beginnende Streikwelle sowohl ermuntert als auch in Zugzwang versetzt. Bei seinen Versuchen, nicht zuletzt die Großbetriebe streikreif zu machen, bot sich ihm mit der BVG-Belegschaft ein in mehrfacher Hinsicht geeignetes Aktionsfeld an.

Gewerkschaftlich seit jeher schwach und bei Ausbruch des Streiks nur noch zu höchstens einem Drittel organisiert, waren die Verkehrsarbeiter ab 1931 zunehmend in den Sog sowohl der kommunistischen als auch der nationalsozialistischen Betriebszellen geraten. Wenn die Zeilen der RGO schließlich 1200 bis 1500 und die der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) 1300 Mitglieder umfaßten, war dies ein bezeichnendes Indiz steigenden Unwillens über fortgesetzte soziale Besitzstandsverluste. Objektiv mochten die BVG-Arbeiter immer noch besser gestellt sein als etwa ihre Reichsbahnkollegen und viele Arbeiter der Privatindustrie. Was subjektiv zählte, war der allmähliche Zerfall hoher Ausgangserwartungen bei Gründung der BVG, die ein sozialdemokratisches Musterunternehmen zu werden versprochen hatte, durch direkten und indirekten Lohnabbau sowie durch zusätzlich aufreizende Rationalisierungsmaßnahmen. Die Aussicht auf weitere Lohnkürzungen im Herbst 1932 begann die schwelende Mißstimmung gerade in einem Zeitpunkt zu steigern, der neue Möglichkeiten ihrer explosiven Bündelung schuf. „Jagt die braune Mordpest aus dem Betrieb!“, so hatte noch im Juli der kommunistische Appell an die BVG-Arbeiter gelautet, und auch die folgenden Betriebskampfwochen standen betont im Zeichen des antifaschistischen Kampfes. Inzwischen aber hatte die Kominternführung sich auf der Plenartagung ihres Exekutivkomitees für eine taktische Variante entschieden, die darauf abzielte, das antikapitalistische Potential der Hitler-Partei und deren prokapitalistische Führung auseinanderzuidividieren. Der „irreführte Naziprolet“ stieg plötzlich zum gefragten Bundesgenossen einer Einheitsfront auf, die sich in logischer Konsequenz partiell nicht mehr als rote oder antifaschistische, sondern schlichtweg als Einheitsfront gegen die kapitalistische Offensive etikettierte. Da gleichzeitig die NSDAP in notgedrungener Anpassung an den Aktionswillen ihrer Massenbasis und an das Profilierungsbedürfnis ihrer Zellenorganisa-

5 An gewerkschaftlichen und statistischen Kriterien gemessen, ist die kommunistische Streikbilanz des Jahres 1932 weitgehend eine Chimäre. Unter anderem wurden Bewegungen von Pflicht- und Wohlfahrtsarbeitern ebenso registriert wie „Streiks“ in Arbeitsdienstlagern. Vgl. Rechenschaftsbericht der Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD für die Jahre 1930-1932, Reprint der Ausgabe Essen 1932, Wentorf bei Hamburg 1975, S. 60 und S. 41.

tion einen Kurs verstärkter sozialer Demagogie einschlug, rückte die Gefahr eines punktuellen Zusammenspiels der extremen Flügel in bedrohliche Nähe.

Die Leitung der BVG, deren NS-Zellen schon im Überschwang des Reichstagswahlsiegs vom September 1930 eine Verbrüderung mit den Kommunisten angestrebt hatten, schien von der Bedrohlichkeit der Situation nichts zu ahnen. Völlig fixiert auf die in der Tat katastrophale Entwicklung der Unternehmensbilanzen⁶, glaubte sie, ihren Arbeitern bei Eintritt in die fällige Tarifrunde eine Summe wirtschaftlicher Verschlechterungen zumuten zu können, die sich in der Größenordnung um 20 Prozent der bisherigen Löhne bewegte. Als es den Gewerkschaften in zäher Verhandlungsführung gelang, die Forderungen der Direktion bis auf einen Lohnabzug von 2 Pfennig je Stunde herunterzuschrauben, war die Reizschwelle der Belegschaft längst überschritten, war aus erster spontaner Entrüstung eine breite Woge geschürter Empörung über jeden Pfennig Lohnraub geworden, die im permanenten Ruf der Kommunisten nach sofortiger Streikrüstung gipfelte. „Wir sagen jetzt: ‚Schluß!‘“, versicherten auf der anderen Seite die Nationalsozialisten. „Wir werden jetzt jeden weiteren Lohnabbau mit der schärfsten Waffe des BVG-Arbeiters [...] bekämpfen.“

Die Rolle der Gewerkschaften vor Streikbeginn

Überzeugt davon, daß die angeblich immer noch schärfste eine stumpfe Waffe geworden war, konnten die reformistischen Betriebsfunktionäre sich für die Streiklösung nicht erwärmen. Unter dem agitatorischen „Trommelfeuer“ schrittweise zurückweichend, verfielen sie auf den scheinbar risikolosen Plan, die Verantwortung für den Tarifabschluß von den Schultern der Organisierten auf den Rücken der Belegschaft abzuwälzen und die Opposition durch die von ihr so stürmisch geforderte Urabstimmung ins Leere laufen zu lassen. Hierzu bedurfte es offenbar nur einer entsprechenden Anwendung der Gewerkschaftsstatuten, insoweit sie die Eröffnung von Arbeitskämpfen mit der Voraussetzung einer zustimmenden Dreiviertelmehrheit verknüpften. Selbst angenommen, daß 61 Prozent - dies eine Prognose von angeblich bestunterrichteter Seite - sich im Sinne der Streikparole entschieden, wäre die Mehrheit längst nicht qualifiziert. Was aber, wenn der unwahrscheinliche Fall eintrat? Dann aber Streik? „Dann noch lange nicht Streik!“, befand der Gewerkschaftsbevollmächtigte getreu nach Schablone, sondern, auf das Druckmittel der Streikdrohung gestützt, Eintritt in eine weitere Gesprächsrunde mit dem Tarifkontrahenten.

Der Plan war durchdacht, nur fußte er auf einer groben Verkennung der Lage. Seinen Urhebern ging jedes Gespür für das Ausmaß der Erbitterung ab,

6 Zur Situation der Berliner Kommunalbetriebe während der Krisenjahre vgl. Busch, a. a. O., S. 157-202.

wie sie auch den Durchsetzungswillen der Opposition schwer unterschätzten. Ihrer Sache offenbar völlig gewiß, griffen sie deren eingängige Formel: „Für Lohnabbau oder für Streik?“ willig auf und öffneten damit die Schleusen zu einer Debatte, in der die agitatorisch verwendbaren Gewichte überaus ungleich verteilt waren. Sich massiv zum Anwalt einer Lohnsenkung zu machen, war für die Gewerkschaften ebensowenig opportun wie die Offenlegung aller verbandstaktischen und streiktaktischen Gründe, die sich zugunsten des ausgehandelten Kompromisses ins Feld führen ließen.

Verbandstaktisch war unter dem Aspekt des gesamten Tarif gebiets die Tatsache entscheidend, daß die jüngsten Lohnabschlüsse für vergleichbare Arbeiterkategorien mit unvergleichlich stärkerem Organisationsgrad sich auf keiner höheren Ebene bewegten. War es vor der Masse der Mitglieder zu rechtfertigen, und war es überhaupt streiktaktisch sinnvoll, den von der Krise ausgezehrten Kampffonds der Gewerkschaften zugunsten einer mehrheitlich unorganisierten Belegschaft in die Waagschale zu werfen? Daß die Erfolgchancen eines Streiks im Regelfall einerseits vom konjunkturellen Trend und andererseits von der organisatorischen Stärke innerhalb des Unternehmens abhängig waren, gehörte schließlich zum Einmaleins gewerkschaftlicher Schulung. Überdies war es mehr als vage Vermutung, war es voraussehbar, daß ein Politikum wie die Blockierung des wichtigsten Verkehrsnetzes der Hauptstadt in kürzester Zeit die Maschinerie staatlicher Zwangsschlichtung in Gang setzen und ein vorrangig das Firmeninteresse betonendes „Lohnraubdiktat“ herbeiführen würde. Von den danach verbleibenden Alternativen sprach weder die eine noch die andere dafür, sich überhaupt erst in die Risikozone eines Streiks zu begeben. Entweder beugten sich die Verbände der gesetzlichen Friedenspflicht und bewegen ihre Mitglieder zur Arbeitsaufnahme, was ihnen - trotz verschossener „Munition“ - ein weiteres Mal den Vorwurf klassenverräterischer Streikbruchpolitik eintragen mußte. Oder jedoch sie durchbrachen die Schranken der Legalität und ließen sich im vollen Bewußtsein ihrer finanziellen Haftung auf das Abenteuer einer ungezügelten Machtprobe ein. Standen die zwei Pfennig Lohnabbau hierzu im rechten Verhältnis? Für die Gewerkschaften war das allenfalls eine rhetorische und tunlichst nicht laut zu erörternde Frage.

Die Opposition wußte das argumentative Dilemma ihrer Gegner zu nutzen. Während die Weisheit der Gewerkschaften sich fast völlig im altbekannten Appell zu „Ruhe und Besonnenheit“ erschöpfte, spielte sie gekonnt auf der Klaviatur gestauter Affekte. Am 2. November wurde die Breite ihrer Resonanz offenbar. Von den rund 18500 Abstimmungsteilnehmern sprachen sich 78 Prozent für Streik aus. Wäre es für die Gewerkschaften, wie eine rückblickende

Kritik gemeint hat⁷, jetzt nicht geboten gewesen, sich nach bewährtem Muster an die Spitze der Bewegung zu stellen?

Ein solcher Ausweg war schon nicht mehr beschreitbar, denn in ihrer trügerischen Selbstsicherheit hatten die örtlichen Funktionäre jede Vorwarnung der Spitzeninstanzen verabsäumt und dadurch bewirkt, daß die legitimierten Entscheidungsgremien nicht funktionsfähig waren. Den gewerkschaftlichen Obleuten, die über das weitere Vorgehen berieten, schien ein solcher Schritt auch in keiner Weise erforderlich, herrschte doch zweifellos zwischen Abstimmungsergebnis und tatsächlicher Bereitschaft zum Streik in nicht wenigen Fällen eine erhebliche Diskrepanz. Noch immer gelassen, stellten die Obleute in selbstherrlicher Auslegung der Gewerkschaftsstatuten fest, daß angesichts der Gesamtzahl von fast 22000 Abstimmungsberechtigten eine qualifizierte Streikmehrheit fehle. „... die RGO kann doch beschließen, was sie will“. In dieser tröstlichen Gewißheit legten die Gewerkschaftsfunktionäre sich schlafen.

Die RGO konnte diesmal mehr als nur beschließen. Neben der agitatorischen hatte sie eine intensive organisatorische Vorarbeit geleistet, die sie jetzt reaktionsschnell umzusetzen vermochte. Als in den frühen Morgenstunden des 3. November die Arbeitswilligen zu ihren Dienststellen strömten, hatten die Streikwilligen in Gemeinschaft mit den betriebsfremden Hilfstruppen der Kommunisten und Nationalsozialisten vollendete Tatsachen geschaffen. Die Streikfront stand. Ihr Zusammenbrechen bereits nach wenigen Tagen löste eine Flut von Beschuldigungen aus, die das Mißlingen der Aktion teils dem heuchlerischen Doppelspiel der NSDAP, in der Hauptsache jedoch dem finsternen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zuschrieben. „Ohne die Streikbruchhilfe der Bürokratie“, so die zentrale kommunistische These, „wäre der BVG-Streik schon in den ersten Tagen gewonnen“ gewesen.

Wer die Tragfähigkeit dieser These anzweifelt, darf sich zunächst auf die Gesetze der Logik berufen. Gewiß traf es zu, daß den Gewerkschaften aus Motiven der Verbandsräson am Scheitern eines von ihren Gegnern inszenierten Streiks gelegen war, der auch ihre Positionen bedrohte. Doch die angebliche Verräterrolle der reformistischen Bürokratie gehörte ja im Konzept der „revolutionären“ Gewerkschaftspolitik zu den immer wiederholten Floskeln. War es da logisch oder war es nicht vielmehr absurd, für das Scheitern in erster Linie eben diesen Gesichtspunkt verantwortlich zu machen? Eine von sachfremden

7 Ein amerikanischer Autor zeigt sich verwundert darüber, daß SPD und Freie Gewerkschaften den Streik so massiv sabotierten. Statt sich an die Spitze der Aktion zu stellen, die dann das weitere Abgleiten in den Faschismus möglicherweise verhindert hätte, schlugen sie seiner Auffassung nach einen konservativen und antikommunistischen Kurs ein, von dem die Nazis profitierten. Vgl. David Ray Kramer, *Fascism and Communism in Germany: Historical Anatomy of a Relationship*, Ann Arbor (Michigan) 1973, S. 144 f.

Interpretationszwängen freie Analyse des Streiks unter dem Aspekt sowohl der ihn begünstigenden als auch der ihm entgegenwirkenden und ihn zuletzt abwürgenden Faktoren stößt bereits in den ersten Phasen seines Verlaufs auf die wesentlich den Ausgang bestimmenden Gründe.

Ursachen für das Scheitern des BVG-Streiks

Ihre Durchschlagkraft bezog die Aktion aus dem Zusammentreffen vor allem dreier Momente: der Störanfälligkeit des Oberflächenverkehrs, der Mobilisierung des Massenstreikschutzes durch den zur Aufbietung aller Reserven gedrängten KDP-Apparat sowie des zusätzlichen Eingreifens von NS-Formationen. Gekoppelt mit der früh erkennbaren Entschlossenheit, Streikbruchversuche durch Anwendung terroristischer Methoden zu kontern, erlegte diese Kombination der BVG ein hohes finanzielles Verlustrisiko auf. Der politisch provokative Charakter des Streiks sorgte jedoch umgehend dafür, daß die Kosten-Nutzen-Erwägung, sonst ein bewährter Regulator von Arbeitskonflikten, als leitender Gesichtspunkt abdanken mußte. Binnen weniger Stunden war der Verkehrsstreik Beratungsthema des Reichskabinetts, das die zur „Kraftprobe der KPD“ erklärte Aktion rücksichtslos zu liquidieren gedachte. Innerhalb weniger weiterer Stunden war die kommunistische Presse verboten, hatte die Polizei zum Schlag gegen die Streikposten und die Streikleitung ausgeholt, hatte das Räderwerk der Schlichtungsmaschine im Schnellverfahren gegriffen.

Abgesichert durch eine Verbindlichkeitserklärung, die den Lohnabbau bestätigte, trumpfte die BVG sofort mit dem Ultimatum auf: entweder Rückkehr zur Arbeit bis zum frühen Nachmittag des 4. oder aber fristlose Entlassung. Das drohende Gespenst der Erwerbslosigkeit sowie ein voll funktionsfähiger und zu den schärfsten Maßnahmen entschlossener Staatsapparat - beides Faktoren, die letztlich über den Ausgang der Bewegung entschieden -, vermochten am zweiten Streiktag weder das Gros der Belegschaft noch die stürmisch anwachsenden Scharen ihrer aktiven Sympathisanten zu schrecken. Sie trotzten den Polizeiaufgeboten, und die Gewalt steigerte sich. Sobald die Streikbrecherwagen an den zahlreichen Unruheherden erschienen, empfing sie eine aufgebrachte Menge mit Steinbombardements. Einige Wagen wurden beschossen, andere umgestürzt, auf den Schienen türmten sich Barrikaden. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Den Tumulten bereitete sie damit kein Ende. Unter dem Eindruck der Gewaltakte brach die BVG nach wenigen Stunden das Experiment ihres Notverkehrs ab - die Streikfront durfte triumphieren. Mit drei Toten und zahlreichen Verletzten war dieser Triumph allerdings teuer erkauft.

Soweit der BVG-Streik beschleunigend für Identifikations- und Eruptionsprozesse gedient hatte, war sein Höhepunkt mit den Unruhen des „roten Frei-

tag" eindeutig überschritten. Größere Aufläufe und Zusammenstöße, wie sie das Straßenbild des Vortags geprägt hatten, blieben ab Sonnabend aus. Das rigorose Durchgreifen der Polizei, die ihren Streifendienst an den neuralgischen Punkten verstärkte und den wieder aufgenommenen Teilverkehr erneut unter den Schutz von Begleitmannschaften stellte, begann seine Wirkung zu zeigen. Wer den optimistischen Zweckmeldungen der BVG und manchen Presseberichten vertraute, konnte davon überzeugt sein, daß die Streikstimmung im Abflauen begriffen war. Die Polizeistatistik wies auf eine weniger rosige Lage hin. Im Laufe des Tages vom 4. zum 5. November hatte sich demnach die Zahl der Arbeitswilligen um 3600 auf nur noch 1900 vermindert und am folgenden Wahlsonntag die geringfügige Steigerung auf 2400 erfahren. Bei zweifellos differenzierter Motivation standen fast 90 Prozent der Belegschaft weiter im Streik, der am Montag nach dem Willen der KPD in den politischen Massenstreik umschlagen sollte. Stattdessen brachte eben dieser Montag die gegenteilige Wende. Bis zum Frühhmittag waren bereits rund 6000 Arbeitswillige zum Dienstantritt erschienen, und bis zum Abend hatte sich ihre Zahl sprunghaft auf 11000 erhöht. Welche Ursachen lagen diesem Stimmungswandel zugrunde?

„Der Gesamtmarxismus“, so die Antwort der Nationalsozialisten, „hat den Streik feige und gewissenlos hintertrieben.“ Die Gewerkschaften - lautete demgegenüber das Urteil der Kommunisten - organisierten den Streikbruch, die Polizei kämmte ihnen am Montag die Straßen frei, und die Nazis zersetzten die Streikfront durch Verwirrungsmanöver von innen. Ein Hinweis auf das in Wirklichkeit den Ausschlag gebende Moment ist in der einen wie anderen propagandistischen Aussage zu vermissen. Dieses in Wirklichkeit den Ausschlag gebende, weil existentiell berührende Moment war am Samstagabend zur Tatsache geworden und stand für die Masse der Streikenden am Sonntag und Montag von Grund auf ernüchternd im Raum. Die BVG hatte ihre Drohung wahrgemacht und die ersten 1000 Arbeiter fristlos entlassen. Der hiervon ausgehende Schock war qualitativ weder durch Gewerkschaftseinflüsse noch durch Gerüchte aus der Naziküche zu steigern. Die Tatsache sprach ebenso für sich selbst wie das Ausbleiben einer angemessenen finanziellen Streikunterstützung und wie das klägliche Echo, das dem Massenstreikaufruf der Kommunisten beschieden war. Mit 860000 Stimmen war die KPD soeben zur stärksten parlamentarischen Kraft in der Reichshauptstadt geworden. Ihren Streikaufrufen jedoch folgten bis zum Montag nur rund 1000 Arbeiter der städtischen Müllabfuhr, denen sich etwa 500 Arbeiter einer Konfektionsfirma mit eigenen Forderungen anschlossen.

Ohne den Massentrückhalt, dem die Aktion in der Anfangsphase ihre Dynamik verdankt hatte und angesichts der sich schnell ausbreitenden Resigna-

tion kam den erneuten Sabotageakten und Gewalttätigkeiten lediglich geringfügige Bedeutung zu. Gegen das Zurückfluten der Belegschaft in den Betrieb waren sie ein unzureichendes Mittel, und die kommunistisch gelenkte Streikleitung trug nur vollendeten Tatsachen Rechnung, als sie den aussichtslos gewordenen Kampf am Montagabend für beendet erklärte. Mit „geballten Fäusten und zusammengebissenen Zähnen“ fanden sich am nächsten Morgen auch die letzten Streikaktivisten in ihren Dienststellen ein. Wenige Stunden danach hatte die BVG-Direktion weitere 1500 Arbeiter entlassen.

Trotz der Niederlage ein Sieg?

„Es gibt Niederlagen, aus denen heraus der künftige Sieg erwächst.“ Unter diesem Aspekt glaubte die KPD, den Kampf der Verkehrsarbeiter als „bisher stärkste positive revolutionäre Leistung der Partei“ begeistert feiern und als Beweis für die Richtigkeit ihrer Streiktaktik interpretieren zu dürfen. Eine abschließende Bewertung der Aktion ist daher mit der Aufgabe verbunden, nicht nur den Blick auf die unmittelbaren Resultate zu lenken, sondern darüber hinausgehend zu prüfen, ob dieser Streik der KPD zu strategisch aussichtsreicheren Perspektiven verhelfen hat oder nicht. Vom traditionellen Gewerkschaftsstandpunkt betrachtet, war er ohne Zweifel eine komplette Niederlage. Seine Ziele - keinerlei Lohnabbau, keine Maßregelungen, Bezahlung der Streiktage - hatte er nicht erreicht. Auf seinem Minuskonto stand die Biutspur mehrerer Toter und zahlreicher Verletzter, standen Lohnausfall, Massenverhaftungen und Massenentlassungen sowie die harten Zuchthausstrafen der Sonder Justiz. Ein „Verbrechen an der Arbeiterschaft“, war der Streik „der Nazis und Kozis“, aus gewerkschaftlicher Sicht, zugleich ein typisches Beispiel dafür, wie „man sinnlos in eine opferreiche Niederlage hineinrennt“.

An der kommunistischen Bewertungsskala gemessen, stellte sich die Aktion allenfalls dem äußeren Anschein nach als ein totaler Fehlschlag dar. Schon die Tatsache, daß es der RGO endlich gelungen war, einen Streik dieser Größenordnung auszulösen, stempelte das von der Sympathie breiter Schichten begleitete Unternehmen zu einem beträchtlichen Erfolg, durch den zumindest kurzfristig die Kampfmoral der kommunistischen Kader starken Auftrieb erhielt. Als Ausdruck eines mächtig gewachsenen Klassenbewußtseins verstanden und als gewaltige Anregung des Kraftbewußtseins in den Arbeitermassen gedeutet, hatte die Aktion nicht nur erneut das unterdrückerische Wesen des bürgerlich-kapitalistischen Staates zur Anschauung gebracht, sondern auch die verderbliche Rolle der Gewerkschaftsbürokratie und der SPD-Führung enthüllt. Wie die Berliner Wahlergebnisse zeigten, hatte der Streik sein Teil dazu beigetragen, daß die KPD ihrem Ziel der „Untergrabung und Zerschlagung des Masseneinflusses der Sozialdemokratie“ um ein weiteres Stück näher ge-

kommen war. Im Hinblick auf die Nationalsozialisten und ihre abweichend vom Reichsdurchschnitt überaus geringen Stimmenverluste gerade in den Berliner Arbeiterbezirken war allerdings einzuräumen, daß sie ebenfalls zu den Nutznießern des BVG-Streiks gehörten. Die mit der kommunistischen Umarmungstaktik verbundene Spekulation auf den Zersetzungsprozeß innerhalb der NSDAP war hierdurch aber keineswegs ad absurdum geführt, hatte doch bereits das publizistische Sprachrohr des Börsenkapitals nach dem eisernen Besen gerufen, der „die sturen Hetzer und blinden Fanatiker“ aus der Hitler-Partei hinauskehren sollte.

Zu bolschewistischer Selbstkritik verpflichtet, gestand die KPD in ihrer offiziellen Streikanalyse freimütig eine Reihe von Mängeln und Versäumnissen ein. Da sie jedoch zu energischer Abwehr aller Versuche genötigt war, „in zersetzender Weise“ die angeblich positiven Erfahrungen „zu verschleiern oder abzuschwächen“, klammerte sich ihre Kritik zwangsläufig an die Oberfläche des subjektiven Versagens.

An den schmerzlichen Kern der Problematik zu rühren, nämlich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen schwerwiegenden Mängeln und strategischer Generallinie zu stellen, war der Partei verwehrt. Kam es nicht einer Bankrotterklärung eben dieser Generallinie gleich, wenn Ernst Thälmann nach jahrelanger Praktizierung der Offensivstrategie konstatierte: „Unsere Parteiorganisation muß sich erst die Erfahrungen in der Auslösung und Führung von Aktionen und Kämpfen auf so hoher Stufe aneignen, muß erst die Führung der Streikkämpfe, ganz besonders der Massenstreikkämpfe lernen“? Rührte es nicht ebenfalls an die Fundamente der KPD-Politik, wenn Thälmann ferner als größte aller Schwächen „die Nachwirkung des völligen Darru'ederliegens unserer innergewerkschaftlichen Arbeit“ beklagte? In doktrinärer Erstarrung unfähig zu einer schonungslos offenen Fehlerdebatte, zog die KPD aus ihrer subjektivistischen Selbstkritik die Konsequenz voluntaristischer Appelle. Die „revolutionäre Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften muß mit allen Mitteln verstärkt“, die Berliner Organisation der RGO muß „in schnellstem Tempo zu einer Kampf Organisation werden, die imstande ist, die Massen der Arbeiter in den politischen Massenstreik zu führen“. Der „Protest der Betriebe muß die Wiedereinstellung der Gemaßregelten [...] erzwingen“. In den ..BVG-Betrieben müssen die Gewerkschaftsmitglieder mobil gemacht, durch die Mobilisierung der gesamten Belegschaft [muß] die Absetzung streikbrecherischer Obleute und die Besetzung der freigewerkschaftlichen Positionen durch klassenbewußte Arbeiter erkämpft werden“. „Der Kampf ist aufs neue vorzubereiten.“ Mit den harten Realitäten hatten diese und ähnliche Appelle wenig gemein.

Wer, wie die Berliner Politische Polizei, einen guten Einblick hinter die kommunistische Propagandafassade besaß.⁸ war durch die „revolutionäre“ Sprache der KPD nicht über ihre äußerst begrenzten Aktionsmöglichkeiten irrezuführen. In der Verkehrs-AG selbst hatte sie infolge der durch den Streik ausgelösten Massenentlassungen einen schweren organisatorischen Rückschlag erlitten. Etwa 80 Prozent ihres ursprünglichen Mitgliederbestandes waren den Maßregelungen und Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer gefallen. An eine erneute innerbetriebliche Kampagne war angesichts der Gefahr, umgehend denunziert und ebenfalls entlassen zu werden, nach Meinung auch von Zellenfunktionären so bald nicht zu denken. Sogar die Ankündigung einer nochmaligen Lohneinbuße durch den Übergang zur 40-Stunden-Woche im Bereich des Verkehrs-personals ließ keine Streikstimmung mehr aufkommen.

Auch in ihrer Hoffnung, der BVG-Streik - dieser gewaltige „Alarmruffür die Schmiedung der proletarischen Einheitsfront“ - werde als Initialzündung für eine Kette bedeutungsvoller Arbeitskämpfe wirken, sah die RGO sich gründlich enttäuscht. Noch enttäuschender war vielleicht das überwiegend ablehnende Echo, als sie Anfang Dezember den Beginn der Reichstagsession durch einen demonstrativen Generalstreik zu dramatisieren versuchte. Von 55 Mitgliedern des RGO-Reichskomitees stimmten, sofort mit dem Ausschluß bedroht, 31 gegen den Plan, und die folgenden Debatten im Kreis der gleichfalls rebellierenden Industriegruppenleiter zerstörten jegliche Illusion über den Kampfwillen der Basis. Hatten „die Kollegen überhaupt kein revolutionäres Gefühl mehr“? Waren sie so stark von der Angst um ihre Arbeitsplätze besessen, „[...] wo schon bald keine RGO-Mitglieder mehr in den Betrieben stehen“, warnte eindringlich einer der Opponenten, „sondern immer aufs Pflaster geflogen sind“, hätte die Leitung allen Grund, sich nicht permanent auf die Auslösung von Streiks zu versteifen. Infolge des verlorenen Kampfes bei der BVG, betonte schlicht ein weiterer Opponent, käme vorläufig überhaupt keine Streikaktion mehr in Frage. Das Hochgefühl war abgeklungen.

Das „Fanal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse und ihre kommunistische Avantgarde“ hatte zwar weithin Beachtung gefunden, gezündet aber hatte es nicht. Konnte der BVG-Streik seinen kommunistischen Initiatoren noch als Auftakt zu Klassenkämpfen auf höherer Stufenleiter erscheinen, so stellt er sich aus der historischen Distanz als ein spektakulärer Ausklang dar. Mit ihm

8 Das Netz der polizeilichen Vertrauenspersonen reichte bis in das Zentralkomitee und/oder in dessen Apparat. Einer dieser V-Leute nahm übrigens an der mit konspirativer Wachsamkeit vorbereiteten Vergatterung teil, mit der Walter Ulbricht am 2. November nach der Versammlung in Haverlands Festsälen die Bezirksspitzen von RGO und Partei sowie die Industriegruppenleiter der Unterbezirksabschnitte bedachte. - Zur damaligen Politischen Polizei vgl. jetzt Christoph Graf, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983.

neigte sich in Deutschland die Ära jener neuen Kominterntaktik dem Ende zu, die seit 1929 in der Berliner Verkehrs-AG ein bevorzugtes Experimentierfeld gefunden hatte. Eines der ersten Großunternehmen, in denen die RGO sich über den „Gewerkschaftslegalismus“ hinwegsetzte und bei den Betriebsrätewahlen mit eigenen Kandidatenlisten hervortrat, ließ die BVG sich zunächst als Paradebeispiel für die Richtigkeit des kommunistischen Kurswechsels ins Feld führen. Die Nachricht vom Gewinn der absoluten Mehrheit im Arbeiterrat wirkte 1929 so elektrisierend, daß die Delegierten des Berliner KPD-Parteitag in einen Sturm der Begeisterung und in den Gesang der „Internationale“ verfielen. Mit der Resonanzlosigkeit des Aufrufs zur totalen Verkehrsstilllegung am folgenden Maifeiertag begann die Belegschaft der BVG für die Kommunisten zu einer Quelle fortgesetzter Enttäuschung zu werden. Trotz guter Ausgangsbasis und intensivster agitatorischer Einwirkung ging ein um das andere Jahr der Wirtschaftskrise dahin, ohne daß die RGO das stetig anwachsende Konfliktpotential in einen Streik der Verkehrsarbeiter umzusetzen vermochte. Als sie im November 1932 endlich das Ziel ihrer Wünsche erreicht hatte, verdankte sie ihren Teilerfolg einer seltenen Faktorenkombination, mit der sich, weil sie von flüchtiger Dauer war, keine aussichtsreichere Gesamtperspektive verknüpfte.

Die Folgen des BVG-Streiks

Zur Ausschaltung eines dieser Faktoren hatte der BVG-Streik selbst eine plausible Handhabe geboten. Das außerparlamentarische Zusammenwirken von Kommunisten und Nationalsozialisten lieferte den realistisch anmutenden Hintergrund für das Reichswehr-„Planspiel Ott“, mit dessen Hilfe es Schleicher gelang, den sozialreaktionären Kanzler des „Kabinetts der Barone“ aus dem Sattel zu heben.

Papens aufreizende September-Notverordnungen, die als wesentliche Auslöser der im BVG-Kampf gipfelnden Streikwelle gedient hatten, wurde von seinem Nachfolger auf dem Altar der angestrebten Verständigung mit den Gewerkschaften geopfert, für die sich im Zeichen der ökonomischen Krisenwende und des in ihrem Gefolge zu erwartenden Entradikalisierungsprozesses eine generelle Positionsverbesserung abzuzeichnen begann. Ihre taktische Schlappe im BVG-Konflikt dürfte der letzte Anstoß zu einer tarifpolitischen Neuorientierung gewesen sein, die Entwicklungen wie in der Verkehrs-AG vorbeugen sollte. Indem die Verbände davon abgingen, zugunsten von Betrieben, Berufsgruppen und Industriezweigen mit geringer gewerkschaftlicher Organisationsdichte als Tarifpartei aufzutreten, bürdeten sie der „revolutionären“ Opposition eine Verantwortung auf, der sie aller Voraussicht nach nicht gewachsen sein würde. Wie die RGO bald vermerkte, hatten auch die Unterneh-

mer aus der Streikweile eine Lehre gezogen, die den Zielen der Opposition keineswegs förderlich war. Im Unterschied zur Leitung der B VG, die während der ersten Tarifrunde den Eindruck eines lohnpolitischen Rundum- und Kahlschlags vermittelt hatte, verfolgten sie ihre Abbaupläne nach dem weniger pro-vokativen Prinzip der Salamtaktik mit vielseitig differenzierten Methoden. Einer erneuten Allianz schließlich zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten wurde spätestens Mitte Dezember der Boden entzogen, als die Organisationsleitung der NSDAP jede Teilnahme an Arbeitseinstellungen von der Genehmigung einer Zentralkommission abhängig machte, deren zuständige Unterkommission mit Walter Funk einen markanten Vertreter des prokapitalistischen Flügels als Vorsitzenden erhielt.

In der Summe ergibt sich, daß der Berliner Verkehrsarbeiterstreik zwar als ein überaus problematischer Teilerfolg kommunistischer Einheitsfronttaktik gewürdigt zu werden verdient, daß er jedoch seiner ganzen Eigenart nach keineswegs zu jenen Niederlagen gehörte, aus denen künftige Siege erwachsen. Unter Ausnahmebedingungen zustande gekommen, die sich nicht wiederherstellen ließen, war er durchaus kein Beweis für die Richtigkeit der Offensivstrategie, mit der die Komintern bei schärfster Frontstellung gegenüber den Sozialdemokraten aus einer weltumfassenden Wirtschaftskrise den revolutionären Ausweg zu erzwingen versuchten. Die Spuren des BVG-Streiks als Produkt dieser Strategie schrecken - solange ökonomisch-politische Krisen nur Durchgangskrisen des Kapitalismus sind.